

# Beschlussauszug

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Aachen vom 19.05.2021

---

Ö 6 Ratsresolution "Aachen wird sicherer Hafen"  
hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von GRÜNE, CDU, SPD, ZUKUNFT, DIE LINKE  
und FDP vom 04.12.2020

---

**Status:** öffentlich/nichtöffentlich      **Beschlussart:** ungeändert beschlossen  
**Zeit:** 17:00 - 19:28      **Anlass:** Öffentliche/Nichtöffentliche  
Sitzung  
**Raum:** Sitzungssaal Europa  
**Ort:** EUROGRESS AACHEN, Monheimsallee 48, 52062 Aachen  
**Vorlage:**

---

Ratsfrau Epstein (LINKE) freut sich, dass dieser Beschluss heute gefasst werde. Sie hofft auf die Zustimmung der Fraktionen, um Flüchtlinge retten zu können. Insbesondere benötigen Flüchtlinge, die von der Frontex zurück an die libysche Küste geschickt und in entsetzliche Lager untergebracht werden, Hilfe. Weiterhin hofft sie, dass die Bundesregierung in dem Thema anders vorgehe, wenn sich immer mehr Städte in Deutschland zum sicheren Hafen erklären.

Ratsfrau Braun (Grüne) bedankt sich bei den Gästen von der Seebrücke für das Engagement. Sie hält es für besonders wichtig, dass heute die Resolution beschlossen werde und dass man gemeinsam mit den 247 weiteren Kommunen Menschen in Not Schutz und Sicherheit biete. Die Bundesregierung und die Europäische Union müssen aufgefordert werden, Menschen im Mittelmeer vor dem Ertrinken zu retten. Natürlich müsse auch die Ursache, die zu dieser Notsituation führe, bekämpft werden. Die Klimakrise habe auch Potenzial, eine noch größere Ursache zu werden, daher müsse man entschieden handeln.

Ratsherr Brantin (CDU) bedankt sich bei Frau Epstein für das Engagement. Die CDU-Fraktion habe dies gern aufgenommen und freue sich, dieser Resolution beizutreten. Die Verhältnisse im Mittelmeer seien nach wie vor dramatisch. Man dürfe nicht vergessen, dass Menschen dabei sterben und Aachen habe in den letzten Jahren beim Thema Umgang mit Flüchtlingen eine Vorbildfunktion ausgeübt.

Ratsherr Mohr (AfD) erläutert, dass die Initiative darauf abziele, den Menschen Hilfestellung zu leisten, die aus wirtschaftlich schlechter aufgestellten Weltregionen kommen. Der humanitäre Ansatz dahinter sei lobenswert, das unterstütze man auch, jedoch sei der signalisierte Weg, dass Platz für eine unbegrenzte Aufnahme von Menschen hier existiere, falsch. Richtig sei es, den Menschen vor Ort zu helfen und daher erhalte diese Resolution keine Zustimmung. Es bestehe auch die Gefahr, dass illegaler Menschenhandel betrieben werde und Menschenleben durch gut gemachte Marketing-Aktionen in Gefahr gebracht werden. In Aachen sei kaum Platz, wenn man den Blick auf den

Wohnungs- und Arbeitsmarkt richte. Der Beschluss beinhalte keine konkrete Aufnahmeanzahl und man wolle dies nicht mittragen.

Ratsfrau Koentges (SPD) sieht dringenden Handlungsbedarf, da die täglich erscheinenden Bilder der Zustände erschreckend seien. Aachen sei gut aufgestellt und man solle den Kommunen, die sich bereits als sicherer Hafen erklärt haben, folgen.

Ratsfrau Begolli (LINKE) erklärt, dass die Stadt Aachen bereits mehrfach im europäischen und humanistischen Sinne Herausforderungen bewältigt habe. Sie zitiert den Satz aus Talmud „Wer auch nur ein einziges Leben rettet, der rettet die ganze Welt“ und vertritt die Meinung, dass die Einwohner\*innen der Stadt Aachen stolz sein können, dass alle Fraktionen auf diesem Antrag aufgeführt sind.

Ratsherr Palm (AfD) hält die Resolution für unverantwortlich, da diese möglicherweise Menschen auf dem Weg nach Deutschland in Lebensgefahr bringe. Weiterhin führt er Länder wie Dänemark und Schweden auf, die bekundet haben, dass die Integration missglückt sei. Die Kriminalitätsrate sei deutlich angestiegen und seiner Meinung nach solle man bei solchen Resolutionen die Gefahren besser hinterfragen und abwägen. Die Seenotrettung sei wichtig, jedoch sei es unanständig, Menschen auf so einen gefährlichen Weg nach Deutschland zu holen.

Ratsherr Baal (CDU) erläutert, dass die Wortbeiträge der AfD deutlich zeigen, weshalb diese Ratsgruppe nicht auf dem Briefkopf des Resolutionsantrags aufgeführt sei. Man habe vorhin bei der Pandemiedebatte im Tenor gesagt, dass man solidarisch zusammenstehe und Menschen helfe, wo es nur möglich sei und dies gelte auch für die Menschen, die sich auf dem Mittelmeer in Seenot befinden.

Ratsherr Servos (SPD) erläutert, dass es bei der Resolution darum gehe, Menschen vor dem Ertrinken zu retten und ihnen eine andere Heimat zu geben. Wer dies überlade, tue das aus seiner Sicht böswillig und niederträchtig.

Ratsherr Mohr (AfD) verdeutlicht, dass Ratsherr Palm und er selbst keineswegs gegen die Rettung der Menschen, die sich in Seenot befinden, seien, jedoch müsse man diese nicht nach Deutschland bringen, sondern in ihre Heimatländer zurück. Die Frage nach der Anzahl der Menschen, die hier aufgenommen werden sollen, sei legitim, man müsse rational vorgehen und den Bürger\*innen eine Antwort geben.

Ratsherr Nießen (Grüne) stellt einen Antrag auf Beendigung der Debatte, da er einige Aussagen für rassistisch und unangemessen halte.

Die Oberbürgermeisterin stimmt dem zu und lässt über den Antrag abstimmen. Sie erwähnt, dass die Stadt Aachen 500 Plätze für geflüchtete Menschen jederzeit vorhält, dies sei Beschlusslage des Rates in der letzten Legislatur und dafür sei sie sehr dankbar.

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt fordert mit 2 Nein Stimmen und 55 Ja Stimmen mehrheitlich alle in Bund, Land und Europa Verantwortlichen auf, Flüchtlingen aus der Seenotrettung zu helfen. Die Stadt Aachen wird ihre Arbeit zur Hilfe für Flüchtlinge fortsetzen und Flüchtlinge unverändert aufnehmen. Der Rat der Stadt beauftragt mit 2 Nein Stimmen und 55 Ja Stimmen mehrheitlich die Verwaltung, diese Position gegenüber dem Städtetag zu vertreten.

**GRÜNE**  
Fraktion im Rat der Stadt Aachen

**CDU** FRAKTION IM RAT  
DER STADT AACHEN



**DIE LINKE.**  
Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Freie  
Demokraten  
FDP



Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen

Rathaus



*gwk*

**Geschäftsstellen**

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

Grüne 0241 / 432 -7217  
CDU 0241 / 432 -7211  
SPD 0241 / 432 -7215  
Zukunft 0241 / 432 -7266  
Linke 0241 / 432 -7244  
FDP 0241 / 432 -7224

Aachen, den 4. Dezember 2020

**Ratsresolution: „Aachen wird Sicherer Hafen“**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN, CDU, SPD, Zukunft, FDP und LINKEN beantragen, folgende Resolution zu beschließen:

Der Rat der Stadt Aachen bekräftigt seinen Beschluss vom 10. Juli 2019:

„Seenotrettung ist kein Verbrechen. Der Rat der Stadt fordert alle in Bund, Land und Europa Verantwortlichen auf, Flüchtlingen aus der Seenotrettung zu helfen. Die Stadt Aachen wird ihre Arbeit zur Hilfe für Flüchtlinge fortsetzen und Flüchtlinge unverändert aufnehmen. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Position gegenüber dem Städtetag zu vertreten.“

Die Stadt Aachen unterstützt wie zahlreiche andere Kommunen in der Bundesrepublik die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“. Nach wie vor ist die Stadt Aachen bereit, Geflüchtete aufzunehmen. Deshalb erklärt sich die Stadt offiziell zum Sicherem Hafen für Geflüchtete und bekräftigt die bisher gelebte Praxis einer Willkommenskultur.

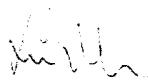
Der Stadtrat appelliert noch einmal an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet und menschenwürdig in Europa verteilt und untergebracht werden.

Abschottung und Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Grenzen sind keine legitimen politischen Mittel.

Die katastrophalen Bedingungen in den Lagern auf den griechischen Inseln erfordern ein sofortiges Handeln auf allen Ebenen. Angesichts der Situation der Menschen in Moria und anderen Lagern an den europäischen Außengrenzen müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, um den dort gestrandeten Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten.



Monika Wenzel  
Sprecherin Grüne-Fraktion



Iris Lürken  
Vorsitzende CDU-Fraktion



Michael Servos  
Vorsitzender SPD-Fraktion



Christoph Allemand  
Sprecher Fraktion DIE ZUKUNFT



Wilhelm Helg  
Vorsitzender FDP-Fraktion



Leo Deumens  
Vorsitzender Fraktion DIE LINKE

# Beschlussauszug

**öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Aachen vom 10.07.2019**

---

Ö 22 Seenotrettung;  
Gemeinsamer Ratsantrag Nr. 480/17 von PIRATEN-Fraktion und UWG vom 18.04.2019

---

<b>Status:</b> öffentlich/nichtöffentlich	<b>Beschlussart:</b> geändert beschlossen
<b>Zeit:</b> 17:00 - 22:48	<b>Anlass:</b> Öffentliche/Nichtöffentliche Sitzung
<b>Raum:</b> Sitzungssaal des Rates	
<b>Ort:</b> Rathaus	
<b>Vorlage:</b> FB 56/0294/WP17 Seenotrettung; Gemeinsamer Ratsantrag Nr. 480/17 von PIRATEN-Fraktion und UWG vom 18.04.2019	

---

Ratsherr Allemand, UWG, verwendet sich für Ausrufung eines sicheren Hafens als Symbol für Menschen, die auf der Flucht sind oder im Mittelmeer ertrinken sowie als Symbol für Mut und Unterstützung derjenigen, die die Seenotrettung unternehmen. Dies sei aber auch ein klares Zeichen einer bunten und offenen Gesellschaft gegen Hass, gegen Rassismus und gegen Anfeindungen von rechter Seite. Die Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage hält er für bräsig und selbstgefällig.

Frau Bürgermeisterin Scheidt, Grüne, legt dar, dass die Seenotrettung eines der ältesten Gesetze der Welt ist. Dieses Recht werde im Mittelmeer jeden Tag gebrochen und die Retterinnen und Retter würden kriminalisiert. Dies sei der eigentliche Skandal. Dieser Skandal könne gelöst werden, wenn endlich Europa Einigkeit zeige. In Aachen könne auf eine lange Tradition der Hilfe zurückgeblickt werden. Über Jahrzehnte hinweg sei deutlich gemacht worden, dass Aachen eine offene Stadt ist und für diese Stadtpolitik stehen alle Demokraten und Demokraten im Rat. Sie geht sodann auf praktische Hilfestellungen von Verwaltung und Ehrenamtlern detailliert ein und erklärt, es sei nicht fair, wenn im Rat oder in den Ausschüssen die geleistete Hilfe bagatellisiert würde. Der Antrag greife zu kurz, weil er die Anstrengungen der Vergangenheit und die in Aachen aufgebaute Willkommenskultur nicht benennt. Sie regt an, hierüber in die Diskussion zu kommen, damit die Intention des Antrages nicht abgelehnt werde.

Ratsherr Teuku, Piraten, bemängelt die Vorlage, die zu wenig Aussagen zur Seenotrettung enthalte und beantragt einen Zusatz zum vorgelegten Antrag, wonach die Stadt Aachen sich dafür einsetze, dass der Deutsche Städtetag und der Städtetag NRW sich dem Bündnis „Seebrücke schafft sichere Häfen“ anschließe.

Ratsherr Baal, CDU, bedankt sich für die Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Scheidt, die das Empfinden der Ratsmitglieder, aber auch der Stadtgesellschaft zum Ausdruck brachte, dass Menschen in Not auch Hilfe bekommen. Er bedauert, dass Vertreter der Seebrücke zumeist nach der

Fragestunde die Ratssitzung wieder verließen. Es dürfe aber nicht darum gehen, Resolutionen einzusammeln. Er unterstütze das Anliegen des Antrages, bittet aber zudem zu respektieren und anzuerkennen, dass die Stadt Aachen und die Menschen in der Stadt in den letzten Jahrzehnten es immer wieder geschafft haben, viele Menschen hier aufzunehmen und zu integrieren.

Ratsherr Mohr, Allianz für Aachen, bezeichnet den Antrag der Piratenfraktion und der UWG als intolerant und totalitär, weil man sich moralisch über andere Länder überhöhe und deren Hafenpolitik und Aufnahmepolitik bestimmen wolle. Hier sei Zurückhaltung gefordert. Viele Überfahrten über das Mittelmeer würden gar nicht stattfinden, wenn sich nicht „Wassertaxis der NGOs“ zur Verfügung stellen würden, um Schlauchboote aufzunehmen und nach Europa zu bringen. Wenn man sage, dass solle so weiterlaufen, sei dies ein aktiver Beitrag zum Menschenhandel und zur Schlepperei. Es sei ein übles Geschäftsmodell. Dem könne nicht zugestimmt werden.

Ratsherr Deumens, Die Linke, spricht Respekt und Anerkennung für die in Aachen geleistete Arbeit von Verwaltung und Bürgerschaft aus und dankt dem Oberbürgermeister, sich im Rahmen des Deutschen Städtetages für humanitäre Lösungen einzusetzen. Er appelliert an den Rat, sich in der Frage nicht auseinanderdividieren zu lassen.

Nach weiteren Wortbeiträgen der Ratsmitglieder Allemand, Baal, Blum, Lux, Paul, Pütz, Rau, Scheidt, Servos und Teuku unterbricht der Oberbürgermeister die Sitzung, um die Möglichkeit zu einer kurzen Beratung der Ratsmitglieder untereinander zu geben. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung verliest er sodann einen zwischen den Fraktionen abgestimmten Beschlussvorschlag, den er zur Abstimmung stellt.

---

#### **Beschluss:**

Seenotrettung ist kein Verbrechen. Der Rat der Stadt fordert alle in Bund, Land und Europa Verantwortlichen auf, Flüchtlingen aus der Seenotrettung zu helfen. Die Stadt Aachen wird ihre Arbeit zur Hilfe von Flüchtlingen fortsetzen und Flüchtlinge unverändert aufnehmen. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Position gegenüber dem Städtetag zu vertreten.

Bei drei Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.



Oberbürgermeister  
Marcel Philipp

Rathaus  
52058 Aachen

Eingang bei FB 01  
18. April 2019

E-Mail: [fraktion@piratenpartei-aachen.de](mailto:fraktion@piratenpartei-aachen.de)

E-Mail: [uwg-aachen@web.de](mailto:uwg-aachen@web.de)

*No. 480/17*

Ratsantrag

Unser Zeichen: 201918-04

18.04.19

## Seenotrettung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
wir beantragen im Rat der Stadt Aachen, den folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, gegenüber der Bundesregierung die grundsätzliche Bereitschaft der Stadt Aachen zu erklären, geflüchtete Menschen, die sich an Bord von Schiffen im Mittelmeer befinden und denen das Anlaufen von Häfen verweigert wird, auch ohne das Vorhandensein einer Vereinbarung zur Verteilung von Flüchtlingen in Europa konkret in Aachen aufzunehmen.

### Begründung:

Die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer erreicht erneut kritische Ausmaße. Allein in der dritten Januarwoche sind 147 Menschen ertrunken. Die aktuelle Situation widerspricht dem Kern der europäischen Idee und zerstört ihre Basis aus Humanismus, Aufklärung und Menschenrecht. Die Stadt Aachen sollte in Not geratene Geflüchtete aufnehmen - genauso wie bereits andere Städte und Kommunen (Köln, Düsseldorf, Bonn) ihre Bereitschaft dazu erklärt haben. Der Rat sollte ein klares Signal für Menschlichkeit, für das Recht auf Asyl und die mögliche Integration von Geflüchteten setzen.

Bis es eine europäische Lösung mit allen Beteiligten gibt, ist es dringend notwendig, die Seenotrettung im Mittelmeer wieder zu ermöglichen und die Aufnahme der geretteten Menschen zu sichern.

Der kommende Karlspreisträger Antonio Guterres hat sich 2015 wie folgt zu dem Thema geäußert:

*„The first thing we must do is be more honest about what is happening. That includes recognizing that this is more than a migrant issue: Many of the people on these boats are refugees, fleeing from conflict and persecution. This means we have an unambiguous legal obligation to protect them. Seeking asylum is not only a universal human right—it's also a political principle that has guided nations for thousands of years and is at the very foundation of the values upon which modern Europe was built. ... But we know from experience that border surveillance alone is not an answer to a crisis that involves refugees. This stems from a simple truth: we can't deter people fleeing for their lives. They will come. The choice we have is how well we manage their arrival, and how humanely.“*

Mit freundlichen Grüßen  
Marc Teuku

Fraktionssprecher PIRATEN

Christoph Allemann

Ratsherr UWG